

Abstimmung vom 26.11.2006

Anti-EU-Argument verfängt nicht: Eine Milliarde für Osteuropa

**Angenommen: Bundesgesetz über die Zusammen-
arbeit mit den Staaten Osteuropas**

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Anti-EU-Argument verfängt nicht: Eine Milliarde für Osteuropa. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 667–668.

Herausgeber dieses Dokuments: Swisssvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swisssvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Seit Beginn der 1990er-Jahre engagiert sich der Bund in Osteuropa, um die politische, wirtschaftliche und soziale Transition dieser ehemals kommunistischen Länder zu unterstützen. 1995 schafft das Parlament hierzu eine erste gesetzliche Grundlage. Weil diese 2005 abläuft, legt der Bundesrat dem Parlament ein Jahr vorher den Entwurf für ein neues Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vor. Dieses bildet gleichzeitig die Rechtsgrundlage für einen Kohäsionsbeitrag in der Höhe von einer Milliarde Franken zugunsten der zehn neuen EU-Staaten. Gemäss bundesrätlicher Botschaft soll die Schweiz diesen Betrag eigenständig und in Form konkreter Projekte leisten.

Im Rahmen der Verhandlungen zu den zweiten bilateralen Verträgen kommt es allerdings zwischen der EU und der Schweiz zu Meinungsverschiedenheiten bezüglich Ausgestaltung und Form der sogenannten Kohäsionsmilliarde. Während die EU auf einem verbindlichen Vertrag besteht, möchte die Schweiz vorerst lediglich eine einfache Absichtserklärung unterzeichnen. Zweiter Knackpunkt ist die von der Schweiz einseitig beschlossene Auswahl der zu berücksichtigenden Länder. Die EU verlangt, dass auch Spanien, Griechenland, Portugal und Malta von der Kohäsionsmilliarde profitieren können. Erst nach monatelanger Blockade der bilateralen Verhandlungen lenkt die EU schliesslich in beiden Punkten ein – der Knoten ist gelöst. Im Parlament führt insbesondere die Frage nach der Finanzierung zu Diskussionen. Erst nach langem Hin und Her einigt man sich darauf, dass der Betrag durch Anpassungen innerhalb des Bundesbudgets – vor allem im EVD und im EDA – zu kompensieren sei. Auf diese Weise werden die Steuerzahler nicht zusätzlich belastet. Die Ratslinke setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Kohäsionsmilliarde nicht auf Kosten der Entwicklungshilfe bewilligt wird. Diesem Wunsch entspricht der Bundesrat. In der Schlussabstimmung nimmt der Nationalrat die Vorlage mit 127 zu 53 Stimmen an; die gegnerischen Stimmen stammen aus den Reihen der SVP und der kleinen Rechtsparteien. Im Ständerat wird das Bundesgesetz über die Osthilfe mit 37 Ja zu einer Gegenstimme ebenfalls klar genehmigt. Gegen die Vorlage ergreifen die SVP, die SD und die Lega dei Ticinesi das Referendum.

GEGENSTAND

Das Bundesgesetz enthält folgende Bestimmungen: Der Bund trifft Massnahmen, die geeignet sind, die Staaten Osteuropas in ihren Bemühungen zum Aufbau und zur Festigung der Demokratie sowie beim Übergang zur Marktwirtschaft zu unterstützen. Die Zusammenarbeit kann in technischer oder finanzieller Form erfolgen. Die Mittel zur Finanzierung der Massnahmen werden als Rahmenkredite für jeweils mehrere Jahre von der Bundesversammlung bewilligt. Der Bundesrat kann völkerrechtliche Verträge abschliessen und die allgemeinen Grundsätze der Zusammenarbeit mit Staaten und internationalen Organisationen bestimmen. Dieses Gesetz gilt während zehn Jahren.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Bereits während der Unterschriftensammlung für das Referendum grenzt sich die SVP von der Lega, der AUNS und den Schweizer Demokraten ab und deponiert ihre 70 000 Unterschriften separat von jenen ihrer Mitstreiter. Im Gegensatz zu diesen stellt die SVP diesmal nicht Anti-EU-Argumente in den Mittelpunkt, sondern beschränkt sich auf Kritik an der ihrer Meinung nach intransparenten Art der Finanzierung. Offen antieuropäisch ist die Kampagne der Lega, der SD und der AUNS: in ihren Augen ist es unlogisch, Länder zu unterstützen, die künftig der Schweiz wirtschaftlich Konkurrenz machen könnten. Die Gegner der Vorlage befürchten ausserdem, dass die Kohäsionsmilliarde nur der Anfang einer ganzen Reihe von Zahlungen an die EU sein könnte.

Auf der Seite der Befürworter ziehen gleich drei Bundesräte bzw. Bundesrätinnen für die Vorlage ins Feld. Sie betonen, dass die Schweiz langfristig von der Kohäsionsmilliarde profitieren werde, indem Partnerschaften aufgebaut und Umweltprobleme verringert würden. Ebenfalls für die Vorlage kämpfen FDP, CVP, SPS, LPS, EVP, CSP, PdA und GPS sowie die wichtigsten Interessenverbände.

ERGEBNIS

Bei einer Beteiligung von 45,1% nehmen 53,4% der Stimmenden das Bundesgesetz an. Sämtliche Kantone der Innerschweiz und der Ostschweiz (mit Ausnahme Graubündens) sowie das Tessin verwerfen die Vorlage. Am deutlichsten ist die Ablehnung in den Kantonen Glarus (35,4% Ja), Schwyz (38,7%) und Tessin (37,1% Ja). Die Zustimmung respektive Ablehnung ist am stärksten von der parteipolitischen Orientierung der Stimmenden geprägt. 86% der Sympathisanten der SP und immerhin noch 71% der FDP- und 65% der CVP-Anhängerschaft nehmen die Vorlage an, während 90% der SVP-Sympathisierenden dagegen sind. Daneben haben auch Wertvorstellungen einen spürbaren Einfluss. Wer für eine weltoffene, reformfreudige Schweiz ist und den Ausländern gleiche Rechte und Chancen einräumen will, stimmte überdurchschnittlich zu. Die Jastimmenden motivieren ihren Entscheid altruistisch: Ein Mehrheit gab an, dass es ihnen darum gegangen sei, Mittel für die Bekämpfung der Armut in den osteuropäischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Eine grosse Mehrheit der Neinstimmenden begründete ihren Entscheid damit, dass die Schweiz diese Milliarde selber brauche. Häufig wurde auch der von der SVP ins Zentrum gestellte Einwand angeführt, die Finanzierung der Milliarde sei nicht gesichert. Dass nur 17% der Neinstimmenden ihr Votum mit ihrer prinzipiellen Gegnerschaft zur EU begründeten, weist auf die geringe Emotionalisierung der Kampagne hin.

QUELLEN

BBI 2004 1953; BBI 2006 3529. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1995 bis 2006: Aussenpolitik – Europapolitik – EU. Vox Nr. 92.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.